

Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie

Protokoll der 61. Sitzung

am 06. Oktober 2017, 13.00 bis 17.00 Uhr

Agenda:

Schwerpunktthema:

„Nach der Bundestagswahl – vor der Regierungsbildung.
Was bleibt, was kommt für die Bürgergesellschaft?“

I. Was kommt?¹

- a) Bürgerschaftliches Engagement in den Wahlprogrammen der Parteien
Impuls Dr. Susanne Lang, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland
- b) Erwartungen an die nächste Bundesregierung
Impuls Dr. Thomas Rübke, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- c) Aus der Diskussion

II. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Der neue ZiviZ-Survey

- a) Impuls Dr. Holger Krimmer, Leiter Geschäftsstelle ZiviZ, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft
- b) Aus der Diskussion

I. Schwerpunktthema: Nach der Bundestagswahl – vor der Regierungsbildung. Was bleibt, was kommt für die Bürgergesellschaft?

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 24. September 2017 haben in der politische Landschaft ein mittleres Erdbeben ausgelöst: der Vertrauensverlust der politischen Parteien, der massive Stimmverlust gerade der – bisherigen - Volksparteien, ein Parlament mit sieben Parteien und sechs Fraktionen, das völlig neue Koalitionslogiken verlangt, und der Einzug einer rechtspopulistischen, wenn nicht gar rechtsextremen Fraktion in den Deutschen Bun-

¹ Die in der ursprünglichen Tagesordnung angekündigten Beiträge von Willi Brase, MdB („Was bleibt? – Rückblick auf die letzte Legislatur“) und Prof. Dr. Roland Roth („Erwartungen an die nächste Bundesregierung“) entfielen aufgrund der Wetter- und Verkehrslage am 6. Oktober. Ein Sturmtief hatte Land und Verkehrsverbindungen weithin lahmgelegt und verhinderten die Teilnahme dieser beiden Referenten. Beide Impulsbeiträge werden in einer der nächsten Sitzungen des Arbeitskreises erneut aufgerufen.

destag, die sich zivilgesellschaftlicher Aktionsformen und Themen bemächtigt und sie mit einer rechtslastigen, nationalistisch geprägten Deutung versieht. Damit stellen sich Fragen und auch Herausforderungen für Bürgergesellschaft, Parteien und die Demokratie in Deutschland. Der Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie nutzte die Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode, die Analyse der Wahlergebnisse, die programmatischen Aussagen der Parteien im Wahlkampf sowie die Debatten der Bürgergesellschaft für eine erste Orts- und Positionsbestimmung zur engagement- und demokratiepolitischen Agenda: Was ist zu erwarten von zukünftigen politischen Akteuren in Regierung und Opposition? Was muss die Bürgergesellschaft einbringen bzw. einfordern? Was ist zu tun angesichts der dramatischen Verluste/Krise der Volksparteien und der repräsentativen Demokratie? Und nicht zuletzt: Was bedeuten die Veränderungen in der politischen Landschaft für die zukünftige Arbeit des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Demokratie?

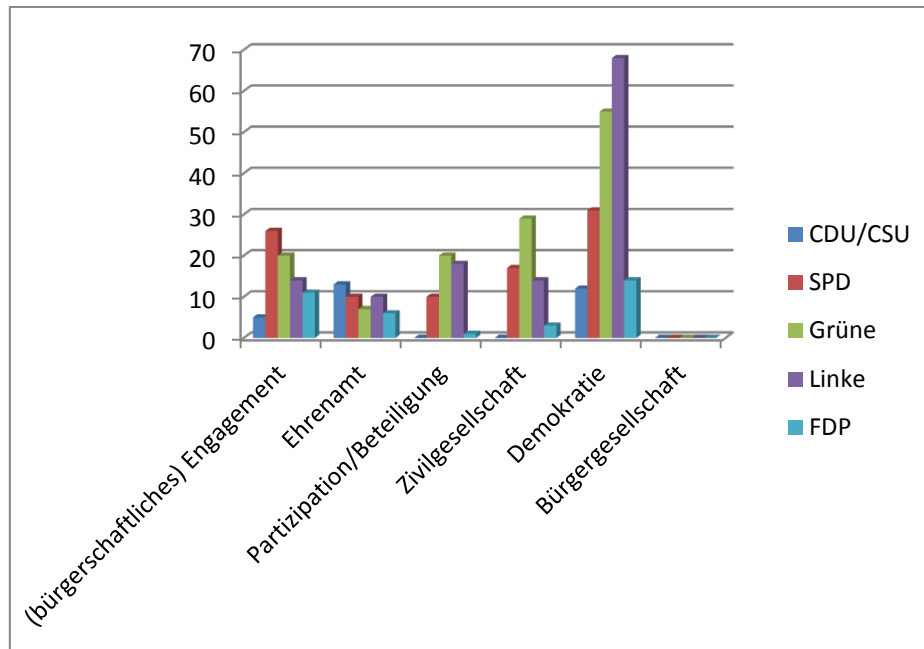
a) **Bürgerschaftliches Engagement in den Wahlprogrammen der Parteien**

Impuls Dr. Susanne Lang, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland

Die ursprüngliche Idee war eine Auswertung der Wahlprogramme in systematischer Lesart unter zwei leitenden Fragestellungen: Erstens, zusammenzustellen, was mit explizitem Bezug zu unseren Themen – bürgerschaftliches Engagement, Engagementpolitik, Stärkung der Demokratie, Bürger- bzw. Zivilgesellschaft – tatsächlich geschrieben steht. Zweitens, zu benennen, was geschrieben stehen *sollte*, d.h. die Leerstellen zu identifizieren, bei welchen Vorhaben bürgerschaftliches Engagement einbezogen sein sollten, aber „übersehen“ worden sind, um gegebenenfalls noch Impulse für die Koalitionsgespräche in die öffentliche Diskussion zu geben. Dieses Unterfangen erwies sich jedoch als nicht wirklich sinnvoll. Dies nicht allein aus rein quantitativen Gründen: Auszuwerten waren insgesamt 726 Seiten Wahlprogramme von höchst unterschiedlicher Qualität und Verdaulichkeit. Eine Synopse der Aussagen der Parteien zu unterschiedlichen Aspekten von Engagementpolitik findet sich im Anhang. Die Leerstellen zu benennen, hätte jedoch erdrückenden Umfang und nur einmal mehr bestätigt, wie wenig der alte Anspruch, dass bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema mit allen Politikfeldern verknüpft werden muss, als eingelöst gelten darf. Dies gilt übrigens für alle im Bundestag vertretenen Parteien. Zum anderen – und wichtigeren – wäre die kleinteilige engagementpolitische Kommentierung eventueller Vorhaben einer zukünftigen Regierung angesichts der politischen Großwetterlage (noch) eher unergiebig. Zu leisten wäre vielmehr zweierlei: Erstens eine Analyse, was in Sachen Engagement- und Demokratiep politik von den zukünftigen Koalitionsparteien zu erwarten ist. Dabei stellt sich der geneigten Leserin allerdings dasselbe Problem wie den Architekt_innen der Jamaika-Koalition: Was auf 418 Seiten Schwampel-Wahlprogrammen steht, passt in Wort und Geist nicht zusammen. Daher ist auch keinerlei Prognose für die zukünftige Regierungsarbeit möglich. Viel wird abhängen vom Zuschnitt und der Verteilung der Ministerien und auch von der Architektur der Koalition, insbesondere davon, wieviel Freiraum die zukünftigen Koalitionäre einander beim Regieren lassen, um eigene Akzente zu setzen. Im Übrigen wird die zivilgesellschaftliche und engagementpolitische Fachöffentlichkeit die zukünftige Regierungspolitik wachsam und kritisch begleiten müssen. Zu leisten wäre zweitens eine Analyse möglicher Oppositionsstrategien auf der Grundlage der Programmatik von SPD, Linken und eventuell auch Teilen der Grünen - eine Aufgabe, die aus meiner Sicht

eine vertiefende Bearbeitung durch eine kleine Arbeitsgruppe unseres Arbeitskreises wert wäre. Ich verstehe meine heutigen Ausführungen als einen ersten Beitrag dazu.

Zunächst ein bisschen Statistik: Ich habe ausgezählt, wie häufig unsere Schlüsselbegriffe in den Wahlprogrammen der Parteien genannt sind.²



Nimmt man die Häufigkeit der Nennung als Indikator für die politische Relevanz des jeweiligen Themas, so zeigt sich zum einen, dass unsere Themen in der SPD „angekommen“ sind, Grüne und Linke ihnen aber (mindestens quantitativ), abgesehen vom Engagementthema selbst, deutlich mehr Bedeutung beimessen; zum anderen, dass sich in Sachen Engagement-, Partizipations- und Demokratiepoltik als strategische Orientierung deutlich rot-rot-grün empfiehlt. Auffällig ist allerdings auch, dass der Begriff Bürgergesellschaft in keinem einzigen Programm mehr auftaucht.

Es folgen die Kernsätze zum bürgerschaftlichen Engagement aus den einzelnen Wahlprogrammen, wiedergegeben im O-Ton, um einen Eindruck von den Denk- und Sprachwelten zu vermitteln, in der sich die Parteien bewegen, und kurz bewertet im Kontext des Gesamteindrucks, den das jeweilige Programm hinterlassen hat:

Das [Wahlprogramm der SPD](#), insgesamt besser als sein Ruf, hat in Sachen bürgerschaftliches Engagement zwar wenig Neuigkeitswert, dafür aber eine Vielzahl von expliziten Anknüpfungspunkten für demokratisch ambitionierte Engagementpolitik, etwa in den Bereichen Jugend, Schule und Bildung (S. 12ff.) oder Stadtentwicklung bzw. Entwicklung ländlicher Räume (S. 54ff.). Die Passagen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind unter die Überschrift „Demokratie und Engagement“ gestellt (S 78ff.): „Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe“ (S. 79).

² Die Statistik ist bereinigt; Nennungen der Begriffe in anderen Sinn- und Sachzusammenhängen wurden nicht mitgezählt.

Im [Wahlprogramm der CDU](#) – sofern es diesen Namen überhaupt verdient: Programmatisches sucht man in diesem Text weithin vergebens, man rühmt sich vielmehr der Leistungen der früheren Legislaturperiode(n) – finden sich die wesentlichen Passagen zum bürgerschaftlichen Engagement am Ende des Textes (S. 71f.). Dahinter folgt nur noch das Unterkapitel zur Integration ... Unter der Zwischenüberschrift „Gemeinschaft (sic) und Zusammenhalt“ (S. 69) wird die „freiheitliche Leitkultur, die wir bewahren und stärken“ (S. 70) in zehn Spiegelstrichen entfaltet. Im wiederum vorletzten Spiegelstrich heißt es: „Ehrenamtliches Engagement, die Bereitschaft, sich für Andere und für die Gemeinschaft einzusetzen, sind in Deutschland besonders ausgeprägt. Sie sind vielleicht der wertvollste und wichtigste Teil unserer Leitkultur. Dies wollen wir auch jenen vermitteln, die nicht damit aufgewachsen sind“ (S. 71). Im Übrigen verknüpft die CDU „Ehrenamt und Sport“ – so eine weitere Zwischenüberschrift (S. 72): „Allen Menschen, die sich in Deutschland freiwillig und ehrenamtlich betätigen, sind wir zu großem Dank und Anerkennung verpflichtet, in den Hilfsdiensten, im Sport oder in der Kultur: Sie machen unser Land besser und menschlicher, entlasten die staatlichen Strukturen und tragen erheblich zum Zusammenhalt bei“ (S. 72).

Das [Wahlprogramm von Bündnis 90/Grüne](#) ist mit 239 Seiten das längste aller Programme, dankenswerter Weise versehen mit einem Stichwortregister, in dem „gesellschaftliches Engagement“ (nicht: bürgerschaftliches!) an mehreren Stellen verzeichnet ist. Abgesehen von der Länge, ist es streckenweise ein Lesevergnügen. Es atmet (noch) zivilgesellschaftlichen Geist, im Wahlprogramm sind die Grünen (noch) eine Bewegungspartei. Allein, mir fehlt der Glaube, vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus bisherigen Regierungsbeteiligungen der Grünen und mit Blick auf Jamaika wird es spannend, was von diesem Geist übrigbleibt. Ausdrücklich jedenfalls will Bündnis 90/Die Grünen unter der Überschrift „Wir stärken die Demokratie und verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat“ (S. 146) „Gesellschaftliches Engagement fördern, Whistleblower*innen schützen“ (S. 149): „Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Sie tragen im Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt: Es reicht von der Feuerwehr bis zur Geflüchteten- und Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Es erstreckt sich vom Einsatz für Umwelt, Menschenrechte bis zum Kampf für globale Gerechtigkeit. [...] Manchmal ist Engagement auch unbequem und stellt kritische Fragen, aber es zeugt von einer lebendigen und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft“ (S. 149f.).

Die [Linke](#) stellt die Passagen zum bürgerschaftlichen Engagement unter die schöne Überschrift „Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt“ (S. 108). Beteiligung und Mitgestaltung werden ausdrücklich in den Kontext der Stärkung der Demokratie gerückt (ebd.). Und weiter: „Demokratie lebt von der kritischen und mitgestaltenden Beteiligung aller. [...] Bei der Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten im Jahre 2015 hat ehrenamtliches Engagement das Versagen des Staates aufgefangen. Freiwilliges Engagement darf nirgendwo für den Ersatz öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge missbraucht werden. Wir wollen die Bedingungen für freiwilliges Engagement so verbessern, dass alle Menschen, die hier leben, sich beteiligen können“ (S. 112).

Im [Wahlprogramm der FDP](#) finden sich genau zehn Zeilen zum bürgerschaftlichen Engagement. Unter der Überschrift „Modernisierung unserer Demokratie“ heißt es u.a.: „Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die mitbestimmen können. [...] Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürger, die jen-

seits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler und Landesebene unterstützen“ (S. 96). Die zehn Zeilen sind inhaltlich gut und pointiert formuliert. Man mag am Verhältnis von 10 Zeilen zu 148 Seiten Wahlprogramm jedoch erlauben, welche Bedeutung die FDP der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einräumt.

Vollständigkeitshalber: Die AfD kommt in ihrem Wahlprogramm ganz ohne Engagement aus und erwähnt auch die Zivilgesellschaft nur an einer einzigen Stelle. Die allerdings ist schwer verdaulich. Die Rechtspopulisten nehmen die Zivilgesellschaft in den Dienst der Verteidigung der „deutschen Leitkultur“ im „Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam“ (S. 47). Multikulturalismus führe zur „Funktionsunfähigkeit von Staaten“. „Die Zivilgesellschaften funktionierender Staaten sind daher aufgerufen, ihre Kulturen zu schützen und eigenständig weiterzuentwickeln“ (S. 47). Eine aberwitzige, verquaste Rhetorik suggeriert Bedrohung, ruft die Zivilgesellschaft (deshalb) zum Kampf auf, zwingt „Zivilgesellschaften“ in Kategorien von nationalistischer Staatlichkeit und vereinnahmt sie en passant für den Nationalstaatsschutz. Das alles unter der Überschrift „Deutsche Leitkultur“ ...

Insgesamt gibt es in den Wahlprogrammen eine ganze Reihe von inhaltlichen Anknüpfungspunkten für inhaltliche Impulse aus unserem Kreis und auch für Wachsamkeit, was da auf uns zukommt. Um einige Stichworte zu nennen (Details gibt es in der beigefügten Synopse): Im Rahmen der Engagementförderung etwa das Vorhaben einer **Engagementstiftung**, mit der wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode ausführlich beschäftigt haben.³ Die SPD hat dieses Projekt, das in der letzten Legislaturperiode aufgrund des Widerstands der Union nicht umgesetzt werden konnte, in das Wahlprogramm aufgenommen: „Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine Deutsche Engagementstiftung unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege und Rettungs- und Hilfsdiensten gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft [...] über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden“ (S. 62). Bei der CDU steht die Stiftung jetzt auch drin, allerdings als „Ehrenamtsstiftung“, wahlweise „Ehrenamts-Service-Agentur“, und mit einer etwas anderen Architektur: „Wir wollen ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlasten und durch Beratungsangebote unterstützen“ (S. 73). Von Geld ist ebenso wenig die Rede wie von Mitbestimmung ...

Ein Thema ist auch die Bedeutung von Engagement für **gesellschaftliche Entwicklung**, bei der CDU nur bezogen auf **ländliche Räume**, bei der SPD auch in der **Stadtentwicklung** (Quartiersmanagement, Programm Soziale Stadt). Viel ist genannt für die Zielgruppen **Kinder und Jugendliche**, leider insbesondere bei den zukünftigen Koalitionären nur wenig mit Bezug auf Bildung im Sinne von Demokratielernen, Beteiligungslernen, und für die Zielgruppe **Ältere**, die sich engagieren können sollen. Die Reform des **Gemeinnützigkeitsrechts** ist ein Thema für Grüne, SPD und Linke – die Grünen wollen die Liste der gemein-

³ Siehe http://www.fes.de/buergergesellschaft/debatten/ProtokollAKFES53Sitzung_final_000.docx

nützigen Zwecke erweitern. Auch **Bürgerbeteiligung** ist als Thema bei allen Parteien mit Ausnahme der CDU.

Wichtiger als diese Einzelaspekte sind mir indessen zwei gewichtige Leerstellen, die ich abschließend nennen möchte, weil sie Grundlinien für unser engagementpolitisches Agendasetting in der nächsten Zeit markieren sollten. Erstens ein offenbar ausgebliebener Lernprozess nach den Krisenerfahrungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe in 2015. Es war die engagierte Zivilgesellschaft, die die Aufnahme und Erstversorgung der Geflüchteten leistete, während überforderte Behörden versagten. Bürgerschaftliches Engagement hat im Zeichen der Krise also nicht nur seine Leistungsfähigkeit, sondern auch seine Leistungs*notwendigkeit* unter Beweis gestellt. Auf staatlicher Seite wäre neben Anerkennung für die Engagierten durchaus etwas Demut und Selbstkritik geboten. Eine demütiger gewordene Staatlichkeit fehlt indes ebenso wie das Projekt einer besseren Zusammenarbeit zwischen Staat bzw. Kommunen und Zivilgesellschaft oder einer Neujustierung des Verhältnisses von Bürger_innen und Staat. Zweitens erkennen alle Parteien, dass die Demokratie in Deutschland gefährdet ist und gestärkt werden muss. Die Verbindung zu Engagement und Zivilgesellschaft als Ressource zur Stärkung der Demokratie jedoch wird nicht hergestellt. Es mangelt auch an jeglicher parteipolitischen Demut angesichts des erstarkenden Rechtspopulismus, der Menschen mobilisiert, die von den (anderen) Parteien nicht mehr erreicht werden. An diesen Grundlinien

- Stärkung der Demokratie durch Engagement und Zivilgesellschaft
- Krise der Parteiendemokratie und
- Kooperation und Koproduktion zwischen Staat bzw. Kommunen und Zivilgesellschaft

sehe ich die Hauptaufgabe für engagement- und demokratiepolitisches Agendasetting auch, aber nicht nur in unserem Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie.

b) Erwartungen an die nächste Bundesregierung

Impuls Dr. Thomas Röbbke, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Die Agenda von Bürgergesellschaft und Demokratie bedeutet das Bohren dicker Bretter und geht weit über Wahltermine hinaus. In diesem Sinne sind auch die [engagementpolitischen Empfehlungen des BBE](#) für die nächste Legislaturperiode, die die Grundlage für diesen Impulsbeitrag bilden, Teil einer längerfristigen Agenda. Wir sollten uns in diesem Sinne nicht auf „Erwartungen an die nächste Bundesregierung“ oder auch an die nächste Opposition beschränken. Auch Wirkungslinien lassen sich nicht unbedingt daran ablesen, ob man die eigenen Inhalte in Wahlprogrammen wiederfindet. Kein Grund, die Hoffnung zu verlieren, sondern Anlass, die eigene Agenda lernbereit im Kontext der gegenwärtigen Entwicklungen zu entfalten.

1. Infrastrukturförderung

Das Thema Infrastrukturförderung steht seit rund 10-15 Jahren auf der Agenda, gewinnt aber inzwischen neue Dynamik und auch neue Konturen. Geht es doch nicht allein um die sogenannten Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen usw., sondern auch um Vereins- und Verbandsstrukturen, um ein breites Spektrum von Organisationen also, in dem es durchaus unterschiedli-

che Konzepte von an Förderung gibt. So gibt es auch zur geplanten Bundesengagementstiftung kontroverse Positionen und auch Interessen.

2. *Bildung*

Das Thema Bildung für/durch Engagement nimmt Fahrt auf. Beispielsweise verändert sich die Hochschullandschaft. Das Selbstverständnis von Hochschulen wandelt sich vom Wissenslieferanten für die Zivilgesellschaft zu einer *third mission*, etwa wie Hochschulen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Umfeld kooperieren. Auch der Schulbereich ist in Bewegung gekommen mit der Umstellung des Bildungsbegriffs auf Kompetenzen und mehr Projektorientierung. Das Lernfeld Schule öffnet sich in Bildungsregionen, zu denen auch zivilgesellschaftliche Partner gehören; Lehrpläne werden umgearbeitet - eine evolutionäre Entwicklung, die nicht primär an Wahltermine gebunden ist.

3. *Demokratiediskurs*

Die Forderung nach einer Demokratie-Enquete ist nach wie vor richtig. Auch Positionierungen zu Bürger- bzw. Volksentscheiden entwickeln sich weiter. Zudem wird es auch darum gehen, die Debatten um direkte Demokratie für oder gegen Bürgerentscheide um das Thema deliberative Demokratie zu erweitern, wo es nicht nur um Ja/Nein-Stellungnahmen geht, sondern um komplexere Diskurse einer demokratischen Öffentlichkeit.

Darüber hinaus stellen sich zwei weitere Aufgaben: Zum einen die Ergänzung der „wehrhaften Demokratie“, die sich derzeit darin beweist, dass sie sich gegen die AfD positioniert, um einen positiven Fokus darauf, wie lokales Engagement, getragen von zivilgesellschaftlichem Geist, und gewachsene Gemeinschaft Demokratie konkret stärkt. Zum anderen eine Korrektur des Selbstverständnisses der politischen Parteien, die sich, obgleich zu 80% von bürgerschaftlichem Engagement getragen, nicht (mehr) als Teil des bürgerschaftlichen Engagements begreifen. Der kulturelle Bruch zwischen Parteien und Engagement ist enorm, ihn gilt es zu kitten.

4. *Nachhaltige Lebensstile*

Wie und wann setzt sich das Wissen in Verhaltensänderung um? Umweltorganisationen gehören nicht nur ins bürgerschaftliche Engagement, sondern auch in die Umweltpolitik. Diese wiederum sollte sich nicht auf Grenzwerte und Messung von Schadstoffemissionen beschränken, sondern sich auch mit Fragen von Lebensstilen und Verhaltensänderungen befassen. Ein neu gegründeter Verband von Foodsharing-Initiativen vertritt Organisationen, die innerhalb von fünf Jahren 30.000 Engagierte gewonnen haben. Diese Bewegung zeugt von neuen Lebensstilen, die zugleich nachhaltig und bürgerschaftlich sind.

5. *Sozialraum*

Die Entwicklung von ländlichen Räumen und Stadtteilen muss viel stärker noch als bisher mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement verknüpft werden. In die politische Schwerpunktsetzung auf Wohnungsbau gehört das Thema Nachbarschaftsentwicklung und Gemeinschaftsentwicklung im Sozialraum unbedingt hinein. Ein separierter Engagementdiskurs im Umfeld des Engagementministeriums greift ebenso zu kurz wie eine Reduzierung des Bauministeriums auf die Hardware von Ton-Steine-Erden. Das Programm des Landwirtschaftsministeriums zur Engagementförderung im ländlichen Raum lief schon zu sehr an der Engagementcommunity vorbei. Für die

Zukunft gilt es Sorge zu tragen, dass sowohl die Entwicklung ländlicher Räume als auch Politiken zu Wohnungsbau und Quartiersentwicklung mit dem Engagementdiskurs verknüpft werden.

6. *Soziale Ungleichheit*

Zur Verortung von bürgerschaftlichem Engagement in sozialen Lagen, Gender, Migrationshintergrund u.a. gibt es inzwischen Daten. Wir wissen, dass sich soziale Spaltung auch im bürgerschaftlichen Engagement manifestiert. Das nehmen wir wahr, aber wir nehmen es nicht ernst (genug).

7. *Wappnen gegen die AfD*

Es wird eine politische Auseinandersetzung mit der AfD anhand der großen, philosophischen und gesellschaftspolitischen Linien geben und geben müssen. Gefahr droht aber auch an der Stelle, dass die AfD-Fraktion vermutlich schnell Programme wie „Demokratie Leben“ aufs Korn nehmen und kleinteilig versuchen wird, Programm und Träger zu diskreditieren. Philosophisch wiederum gilt es, den Gemeinschaftsbegriff gegen eine Vereinnahmung durch die Rechten in Schutz zu nehmen. „Leitkultur“ ist vermutlich gar nicht das Einfallstor für rechte Ideologien, weil er nicht debattenwirksam gebraucht werden kann, ohne sich immer wieder dem Risiko der Lächerlichkeit auszusetzen. Der Gemeinschaftsbegriff hingegen lässt es zu, für geschlossene Gruppen von Biodeutschen, die ihr Dorf organisieren und gegen alle „Fremden“ verteidigen, missbraucht zu werden, Rassismus hoffähig zu machen und Engagement für konservative bis reaktionäre Diskurse zu vereinnahmen.

c) Aus der Diskussion

- An den Parteiprogrammen fällt auf, dass es kein gesellschaftspolitisches Konzept einer Bürgergesellschaft gibt. Sinnvoller als das Abarbeiten an Einzelaspekten von Engagementpolitik wäre es in der Tat, eine gesellschaftspolitische Debatte wiederzubeleben, die die „großen“ Fragen von Demokratie und Solidarität (wieder) in den Blick nimmt.
- Insgesamt entsteht der Eindruck, dass das Erfahrungswissen aus der Zivilgesellschaft, das zumindest teilweise ja auch wissenschaftlich erschlossen ist, überhaupt nicht vermittelt ist mit den Diskursen der Parteien, die in den Wahlprogrammen erkennbar sind und perspektivisch in politisches Handeln umgesetzt werden. Wie lässt sich beides im Interesse der Stärkung von Demokratie und Bürgergesellschaft (wieder) zusammenbringen? Und: Wie lassen sich Parteien wieder bürgerschaftlich erden? Wie staats(macht)fixiert Parteien sind und wie entfremdet von der Zivilgesellschaft, wird etwa deutlich daran, dass alle Wahlprogramme Dankesworte an die Engagierten sprechen – wer ist das „wir“, das sich da bedenkt, und bei wem bedankt es sich? Wenn „die Partei“ „dem (engagierten) Bürger“ dankt, verleugnet die Semantik, dass politische Parteien selbst zu großen Teilen auf bürgerschaftlichem Engagement beruhen.
- In vielerlei Hinsicht kritikwürdig ist das Verständnis der Parteien vom und ihr Verhältnis zum „Bürger“. Auch hier ist Sprache verräterisch. Sowohl deren Fehlen auf völlig sinnleeren Wahlplakaten. Als auch Krisenreaktionen von der Art „Wir müssen den Bürgern wieder zuhören“ – was haben politische Parteien denn vorher gemacht, bzw. wann haben sie damit aufgehört? – oder „Wir müssen die Sorgen und Nöte der Bürger ernstnehmen“ – die Aufgabe von politischen Parteien liegt doch nicht darin, sich individuelle

Sorgen und Nöte anzuhören, sondern politische Probleme benennen, die verallgemeinerungsfähig sind. Die Reduzierung von gesellschaftlichen Problemen auf „Bürgersorgen“ ist paternalistisch und therapeutisch, aber gewiss nicht demokratisch.

- Die Absicht einer Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements etwa für sozialstaatliche oder integrationspolitische Zwecke ist in den Wahlprogrammen nicht erkennbar. Im Programm der CDU z.B. taucht im ganzen Pflegekapitel das Stichwort Engagement kein einziges Mal auf. Wahrscheinlicher ist, dass ein neuer Pflichtdiskurs und/oder weitere Monetarisierung des Engagements drohen – etwa im Zusammenhang sozialer Sicherung, wo es zum Beispiel heißt: „Langzeitarbeitslosen, die aufgrund der besonderen Umstände auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben, werden wir verstärkt die Möglichkeit geben, sinnvolle und gesellschaftlich wertige Tätigkeiten auszuüben“ (CDU-Wahlprogramm, S. 13) oder mittelfristig im Zusammenhang eines dann eben *nicht* bedingungslosen Grundeinkommens.

II. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Der neue ZiviZ-Survey

a) *Impuls Dr. Holger Krimmer*,⁴

Leiter Geschäftsstelle ZiviZ, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

Der ZiviZ-Survey ist eine **repräsentative Befragung der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland**, der zum zweiten Mal durchgeführt wird und alle vier Jahre wiederholt werden soll. Ziel ist ein **Dauermonitoring zivilgesellschaftlicher Organisationen**. Der Survey ist angelegt als Pendant zum Freiwilligensurvey, der die freiwillig Engagierten befragt. Die bloße Betrachtung von Personen lieferte jedoch nur ein unvollständiges Bild – eine Analyse der Wirtschaftsstruktur etwa könnte auch nicht allein auf einer Arbeitnehmerstatistik beruhen, sondern würde die Unternehmensseite einbeziehen. In diesem Sinne fragt der ZiviZ-Survey nach Organisationsstrukturen, Rechtsformen usw. der Zivilgesellschaft. Auch dies ist also wiederum ein Ausschnitt; weder die freiwillig Engagierten als Individuen noch die informellen Bereiche des Engagements werden erfasst. Um einen möglichen Kritikpunkt gleich vorweg zu nehmen: das informelle Engagement, das während der Flüchtlingskrise von enormer Bedeutung war, kann in diesem Untersuchungsdesign nicht erfasst werden; der ZiviZ-Survey hat an dieser Stelle aus systematischen Gründen einen blinden Fleck.

Der vollständige ZiviZ-Survey soll Mitte nächsten Jahres vorliegen. Die vorgestellten Ergebnisse verstehen sich als vorläufige Auswertung der erhobenen Daten im Hinblick auf einige Schlüsselindikatoren. Damit soll einerseits die erste Neugier im Feld gestillt und auch die breite Beteiligung an der Befragung gewürdigt und anerkannt werden. Andererseits soll die Diskussion um die Befunde und die Konsequenzen frühzeitig aufgenommen werden, um Impulse aus dieser Diskussion für die weitere Auswertung und Interpretation der Daten fruchtbar zu machen. Die Präsentation ist in diesem Sinne eine Einladung zur Debatte und zu einer gemeinsamen Suchbewegung.

⁴ Siehe dazu auch die Präsentation im Anhang. Außerdem Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Labigne, Anael 2017: „Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken“. Berlin: ZiviZ, 2017. Download unter <http://www.ziviz.info/ziviz-survey-2017>

Zur Datenerhebung: Die Grundgesamtheit beträgt 633.000 Organisationen. Dazu zählen die eingetragenen Vereine (einschließlich der nicht gemeinnützigen – der Anteil der gemeinnützigen liegt bei gut 90 %), die Stiftungen mit Gemeinnützigkeitsstatus nach BGB (d.h. ausschließlich der Stiftungen öffentlichen und kirchlichen Rechts), die gemeinnützigen GmbHs (rund 11.400 an der Zahl) und die gemeinnützigen Genossenschaften. Die Zusammenstellung dieser Datenbank bedeutete rund ein Jahr Arbeit. Daraus wurde eine Stichprobe von 71.000 Organisationen gezogen, aufgeschlüsselt nach Rechtsformen, regionaler Zuordnung (Länder bis Landkreise). Der Rücklauf betrug 10%.

Die Befunde zeigen eine Art **Strukturwandel der zivilgesellschaftlichen Organisationen**. Frühere Untersuchungen, darunter eine Untersuchung des WZB vor dem ersten ZiviZ-Survey, fragten vor allem nach der Anzahl von Organisationen und der in diesen Organisationen freiwillig Engagierten. Leitend war das Interesse an Wachstum bzw. Rückgang von Organisationen und Engagement. Den neuen Befunden zufolge wäre dies eine nicht hinreichend klare Beschreibung; vielmehr zeigen sie einen Strukturwandel. In einer Wachstumsperspektive ist die Zahl der Vereine innerhalb der letzten 20 Jahre um fast 30 % gestiegen (von 416.000 auf 603.000). Es ist also deutliches Wachstum zu verzeichnen. Betrachtet man indes die Zahl der Neueintragungen und Löschungen, zeigt sich, dass es zwar immer noch mehr Neueintragungen als Löschungen gibt – d.h. die Anzahl steigt -, dass sich die beiden Werte jedoch sukzessive annähern. Für eine Prognose reichen die Befunde nicht aus. Auch mag die große Zahl der Löschungen von Vereinen auch daran liegen, dass mit der Digitalisierung der Vereinsregister seit 2005 die „Karteileichen“, die ohnedies nicht mehr aktiv waren, aus den Registern entfernt worden sind. Die Befunde legen jedoch die Vermutung nahe, dass dieses Wachstum der eingetragenen Vereine sich in den nächsten Jahren möglicher Weise nicht weiter fortsetzen wird.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden befragt nach der **Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements**. Bei der Mehrzahl (66%) sind die Engagiertenzahlen unverändert geblieben, 20% verzeichnen Zuwächse, 15% einen Rückgang. Dabei gibt es Unterschiede zwischen Großstädten und kleinen Gemeinden: In großstädtischen Räumen hat das Engagement eher zugenommen oder ist gleichgeblieben, in dörflichen Siedlungsstrukturen und ländlichen Räumen hingegen übersteigt die Zahl der Organisationen, bei denen das Engagement sinkt, die Zahl derer, die Engagementzuwächse verzeichnen können. Unterschiedlich entwickelt haben sich die Engagementzahlen auch nach Bereichen: Während traditionelle Engagementbereiche wie Sport, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Kultur und andere Freizeitorganisationen eher einen Rückgang erleben (freilich bei insgesamt sehr hohem Niveau), gibt es Zuwächse in Bereichen wie internationale Solidarität, Bildung oder politische Willensbildung.

Untersucht wurde außerdem die **Entwicklung der unterschiedlichen Organisationstypen**, basierend auf der Selbstbeschreibung der befragten Organisationen. Die Frage, wie sie sich selber sehen, zeigt nach Clusterung drei Schwerpunktbereiche: Es überwiegen entweder Dienstleistungsorientierung oder politische Orientierung oder aber Mitgliederorientierung mit eher integrierender („bonding“) Funktion. Daneben gibt es reine Förderorganisationen sowie „Allrounder“, d.h. Mischformen, die unterschiedliche Funktionen in sich vereinen. Die Merkmale der „Bonding“-Organisationen lauten etwa „wir sind eine Mitgliederorganisation“, „wir sind eine Gemeinschaft Gleichgesinnter“, die Organisation versteht sich als Institution, in der man zusammenkommt, und sieht darin einen Wert für sich; nennenswerte

Dienstleistungsanteile gibt es nicht, sie sind auch nicht primär auf politische Ziele gerichtet. Die anderen Typen vertreten ein eher instrumentelles Verständnis der eigenen Organisation; sie ist eher ein Vehikel, „um etwas zu machen“, Gemeinschaftsbildung ist demgegenüber sekundär.

Im Bereich der integrierenden Organisationen gibt es einen drastischen Rückgang, ihr Anteil an den zivilgesellschaftlichen Organisationen ist zwischen 1945 und 2016 fast kontinuierlich gesunken von 58% auf 22%. Sahen 1945 noch fast zwei Drittel der zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre wesentlichen Merkmale im „Bonding“, sind es mittlerweile weniger als ein Viertel, die dies von sich sagen. Der Anteil aller anderen Typen mit Ausnahme der Dienstleister ist kontinuierlich gestiegen. Themenanwälte, Förderer und „Allrounder“ liegen inzwischen gleichauf mit den „Integrierern“.

Auf der **Ressourcenseite** verzeichnen 40% der befragten Organisationen ein Ansteigen der Einnahmen, 40 % verfügen über stabile Mittel, ein Fünftel meldet rückläufige Einnahmen. Sinkende Einnahmen gibt es etwa bei den Freizeitorganisationen – wiederum also bei den „Integrierern“: sinkende Mitgliederzahlen bedeuten auch sinkende Mitgliedsbeiträge, die die Haupteinnahmequelle darstellen. Die größten Ressourcenzuwächse gibt es im Bereich der sozialen Dienstleistungen, wo 60 % der befragten Organisationen angeben, dass ihre Einnahmen gestiegen sind. Insgesamt gestiegen sind die Einnahmen bei denjenigen Organisationen, die öffentliche Fördermittel erhalten.

Einen besonderen Schwerpunkt der Befragung bildete der **Bereich Flüchtlingshilfe und Integration**. Gefragt wurde nach dem Beitrag der zivilgesellschaftlichen Organisationen angesichts der vermehrten Flüchtlingszuwanderung und der Krisensituation in den Kommunen. 14 % aller Organisationen waren in der Flüchtlingshilfe aktiv; der Anteil verteilt sich relativ konstant über alle Bereiche, ist also keine Abbildung des Anteils von Organisationen, die ohnedies vornehmlich in diesem Handlungsfeld engagiert sind.

Methodisch schwieriger als die Frage nach den Leistungen ist die Frage nach der **kulturellen Vielfalt in den zivilgesellschaftlichen Organisationen** selbst. Der ZiviZ-Survey fragte nicht nach Zahlen, sondern nach Selbsteinschätzung, und wählte eine indirekte Frageform. Fast drei Viertel der Befragten bejahte, dass „die Mitglieder eine ähnliche kulturelle Herkunft haben“, nur 14 % finden diese Aussage nicht zutreffend, sehen sich also selbst als kulturell vielfältig. Homogenität dominiert demnach klar, sowohl bei den Organisationen der „Biodeutschen“ als auch bei den Migrantenorganisationen. Je nach Handlungsbereich zeigen sich starke Schwankungen. Gerade die „Bonding“-Organisationen mit starker sozialer Integrationskraft – Kultur, Freizeit, Sport, Geselligkeit – sind in der Eigenwahrnehmung kulturell eher homogener; allerdings steht die Korrelierung mit der kulturellen Vielfalt in der jeweiligen Region noch aus. Angesichts dessen, dass man diese Organisationen vor allem in ländlichen Räumen findet, ist es durchaus möglich, dass die mangelnde kulturelle Vielfalt in den Organisationen die tatsächliche Zusammensetzung der Bevölkerung abbildet. Die weitere Datenauswertung wird Aufschluss über diesen Zusammenhang geben. Vertiefend untersucht werden auch die **Migrantenorganisationen**: Identifiziert wurden 17.000 Vereine mit Migrationsbezug. Ersten Ergebnissen zufolge wachsen sie überdurchschnittlich: fast die Hälfte berichten von steigenden Mitglieder- (42%) und Engagiertenzahlen (46%). Das Aufgabenspektrum weist auf eine sozialintegrative und brückenbildende Funktion hin: 84% engagieren sich im interkulturellen Austausch vor Ort, 49% im internationalen Austausch.

Aus den bisherigen Ergebnissen lassen sich **fünf Empfehlungen** ableiten, teils bekannte Evergreens, die solange wiederholt werden müssen, bis sie politisch eingelöst werden, teils engagementpolitische Desiderate jüngerer Datums:

1. **An Vielfalt orientieren**

Wie bereits der Engagementbericht, zeigt auch der neue ZiviZ-Survey eine erhebliche Pluralisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationslandschaft. Das gilt für die Rechtsformen ebenso wie für die Themenbereiche, für die sozialräumliche Zuordnung ebenso wie für die Selbstwahrnehmung der Organisationsprofile. Diese Pluralisierung findet in der Förderpolitik der Bundesregierung bislang kaum Berücksichtigung; vielmehr dominiert hier jeweils ein Typus, seien es die Sozialunternehmen, seien es die dienstleistungsorientierten Organisationen, seien es andere. ZiviZ empfiehlt deshalb, die Vielfalt der Organisationslandschaft bei engagementpolitischen Ansätzen und Fördermaßnahmen in den Blick zu nehmen.

2. **Kooperationskompetenz der Kommunen stärken**

Der ZiviZ-Survey zeigt sowohl im Bereich der sogenannten „Flüchtlingskrise“ als auch im Bereich „Kooperationen“ (hier steht die Auswertung noch am Anfang): die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich Flüchtlingshilfe aktiv waren, haben mit Kommunen zusammengearbeitet, waren aber mit der Kooperationsqualität nicht zufrieden. Spontane Arrangements, die während der akuten Krise gefunden worden sind, liefern (noch) keine stimmige Grundlage für gute Zusammenarbeit, geschweige denn Blaupausen zur weiteren Verbreitung der intersektoralen Kooperationskultur. Hier besteht Entwicklungsbedarf, auch, aber nicht nur mit Blick auf die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Kommunen.

3. **Förderung interkultureller Öffnung der zivilgesellschaftlichen Organisationen**

Wie der ZiviZ-Survey zeigt, ist in den zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland kulturelle Homogenität eher die Regel als die Ausnahme. Das ist keine gute Grundausstattung für die Aufgabe der Integration Geflüchteter und anderer Zuwanderer. Es gibt inzwischen Materialien für die Förderung kultureller Vielfalt in größeren Organisationen mit professionellen Strukturen; ZiviZ erarbeitet derzeit einen Leitfaden für die Zielgruppe der kleinen und Kleinstvereine. Damit sind Spektrum und Bedarf der engagementpolitischen Fördermöglichkeiten interkultureller Öffnung der zivilgesellschaftlichen Organisationen aber sicher noch nicht ausgeschöpft.

4. **Engagementpolitik als Querschnittspolitik ausbauen**

Dieser Dauerbrenner der Engagementdebatte bedarf, zumal in diesem Kreis, keiner weiteren Erläuterung, wohl aber der Umsetzung in Bundes- und Landesregierungen: Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft brauchen eine ressortübergreifende Verankerung und Zuständigkeit.

5. **Belastbare Daten und Infrastrukturen für Zivilgesellschaftsforschung**

Die Zivilgesellschaftsforschung in Deutschland hat ein Strukturproblem. Die Lehrstühle renommierter Zivilgesellschaftsforscher_innen wie Adalbert Evers, Roland Roth oder Annette Zimmer werden neu besetzt ohne Zivilgesellschaftsbezug. Neue Lehrstühle haben ein zu hohes Lehrdeputat, um „nebenbei“ Impulse für die For-

schung liefern zu können. Wenn kein Institut für Zivilgesellschaftsforschung eingerichtet wird, müssen mindestens andere, kreative Ansätze gefunden werden.

b) Aus der Diskussion

- Die Vereinsregister werden strenger, was die Melde- und Berichtspflichten der Vereine angeht. Das ist auch gut so, weil damit klar wird, welche Vereine tatsächlich noch aktiv sind und welche als bloße Karteileichen im Vereinsregister fortexistierten. Bei aller erklärten politischen Absicht zur Bürokratieentlastung in Deutschland braucht es an dieser Stelle vielleicht etwas mehr oder mindestens bessere Bürokratie, um zukünftig einen zuverlässigen Überblick über die Vereinslandschaft in Deutschland zu erhalten.
- Das neue Geldwäschegesetz verpflichtet private Organisationen, sich in das Transparenzregister eintragen zu lassen. Das Hauptaugenmerk galt und gilt dabei den Stiftungen. Für die eingetragenen Vereine geht man davon aus, dass das Vereinsregister zählt. Es gibt jedoch eine nennenswerte Anzahl nicht eingetragener Vereine, und es ist noch nicht klar, wie das Transparenzregister damit umgehen soll. Könnte damit eine Debatte in Gang kommen, die etwas mehr Überblick über diese Art von Organisationen gibt?
- Bezogen auf den drastisch gesunkenen Anteil der gemeinschaftsstiftenden Organisationen zugunsten eher instrumenteller Organisationstypen stellt sich die Frage, ob es sich tatsächlich um einen Funktionswandel der Organisationen oder eher um Veränderungen in der Art der Selbstthematisierung handelt. Zum Beispiel durch eine stärkere Identifizierung mit dem gemeinnützigen Organisationszweck als *raison d'être* oder durch interne Debatten etwa über das Selbstverständnis der großen Wohlfahrtsorganisationen zwischen Mitgliedsorganisation und sozialer Dienstleistung oder den gesellschaftlichen Auftrag von Kulturorganisationen; während in den 1990ern Diskussionen geführt wurden über „Kultur als Dienstleister“, ist zwischenzeitlich das gesellschaftspolitische Engagement wieder deutlich in den Vordergrund gerückt. Veränderungen der Selbstbeschreibung könnten auch den vergleichsweise geringen Anteil der Dienstleister gegenüber den anderen Organisationstypen erklären: Die Studie überrascht mit dem relativ jungen „Dienstalter“ der sozialen Dienstleister, deren durchschnittliches Gründungsjahr in die 1990er Jahre fällt. Angesichts des Alters der Wohlfahrtsverbände stellt sich die Frage, ob diese tatsächlich inzwischen nur noch einen kleinen Teil der sozialen Dienstleistungen erbringen oder ob sie sich schlicht anders beschreiben.
- Für die interkulturelle Öffnung zivilgesellschaftlicher Organisationen braucht es dringend gute Ideen. Bereitschaft besteht durchaus und drückt sich beispielsweise darin aus, dass Vereine ihre Räume Migrant*innenorganisationen für eigene Aktivitäten, Veranstaltungen o.ä. zur Verfügung stellen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass das Raumangebot gerne genutzt wird, die Migrant*innen dann aber wiederum unter sich bleiben. Vielfaltsoffene Vereine brauchen Unterstützung durch gute Ideen ebenso wie durch Umsetzungshilfen.